

Ein Schulsystem an seinen Grenzen

Der Basler Schulpsychologische Dienst hatte 2021 50 Prozent mehr Anmeldungen als noch 2015. Co-Leiter Basil Eckert ordnet ein.

Elodie Kolb

Hochbegabung, Lernschwächen, Konzentrationsprobleme oder Autismusspektrumstörungen: Der Schulpsychologische Dienst ist eine Anlaufstelle für viele Anliegen, welche die Schulkinder im Kanton betreffen. Und der Dienst ist stark gefragt: Zwischen 2015 und 2021 hat die Anzahl Anmeldungen um 50 Prozent zugenommen – von knapp 1400 Fällen auf rund 2130.

Immer mehr sei der Schulpsychologische Dienst mit Abklärungen im Zusammenhang mit Sonderschulmassnahmen beschäftigt, sagt Basil Eckert, Co-Leiter des Dienstes. Dabei handelt es sich um Kinder, die mehr Unterstützung brauchen, als dies die Regelschule bieten

kann. Das habe mit dem Schulkonzept von Basel-Stadt zu tun, sagt Eckert. Denn das Ziel der integrativen Schule ist es, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam zur Schule gehen können – auch jene mit Hochbegabungen, Lernschwierigkeiten oder Autismusspektrumstörungen.

Anzahl Fälle auf allen Stufen stagniert

Die Zunahme dieser Abklärungen sei besorgniserregend: «Ich nehme wahr, dass das Schulsystem über die letzten Jahre immer stärker an seine Grenze gelangt ist.» Dort sehe er Handlungsbedarf – man sei aber aktuell daran, Optimierungsmöglichkeiten zu prüfen. «Es wird sicher keine einfache Lösung geben, aber ich hoffe, dass

unser Schulsystem tragfähiger wird.» Denn gerade der Anstieg bei den Abklärungen für Sonderschulmassnahmen sei für ihn ein Symptom eines Systems, das nicht hält.

Die Nachfrage nach Abklärungen einer Lese-Rechtschreibschwäche oder Dyskalkulie sei ebenfalls gestiegen: Eckert führt das vor allem auf den Nachteilsausgleich zurück, den die Kinder mit einer solchen Diagnose erhalten: Ein Kind mit Lese-Rechtschreibschwäche erhält beispielsweise in einer Prüfung mit Leseverstehen mehr Zeit.

In vielen Fällen sei dies durchaus eine sinnvolle Massnahme, es könne aber auch dazu führen, dass die Eltern denken, das Kind schafft auch ein höheres Schulniveau – und

das Kind so unter Druck gerät. «Das ist für mich keine gute Entwicklung.»

Im vergangenen Schuljahr allerdings haben die Zahlen gesamthaft auf allen Stufen stagniert wie Eckert erklärt. Der Grossteil der Kinder, die zu ihnen kommt, sei in der Primarschule.

Wo er allerdings einen «massiven Anstieg» der Fälle beobachtet habe, sei im Gymnasium. Dies insbesondere während der Coronazeit: Während es im Schuljahr 2019/20 noch 110 Schülerinnen und Schüler gewesen seien, waren es im Folgejahr 190. Die Pandemie habe insbesondere Probleme jener Jugendlichen verschärft, die bereits vor dieser eine Tendenz zu Depressionen oder Angststörungen hatten.

In Basel sei zudem die demografische Situation bemerkenswert: Kinder in Familien mit Migrationshintergrund seien teilweise schon vorbelastet – etwa durch eine Fluchterfahrung.

Stellenprozente sollen weiter erhöht werden

Die vielen Anfragen an den Schulpsychologischen Dienst führen laut Eckert dazu, dass die Wartezeiten teilweise lange sind. Die dringlichen Fälle werden dann den weniger akuten vorgezogen: «Das heisst, für eine Abklärung einer Lese-Rechtschreibschwäche kann die Wartezeit auch mal ein halbes Jahr dauern.»

Dies ist bekannt und es wurden bereits Massnahmen ergriffen: Seit 2014 sind etwa 250 Stellenprozente beim Schulpsy-

chologischen Dienst dazugekommen und auch für 2023 ist eine Erhöhung des Etats um 80 Stellenprozente geplant. «Das ist immerhin etwas.» Aber Eckert sagt auch: «Das kommt nur tröpfchenweise und steht in keinem Verhältnis zum Anstieg der Fallzahlen in diesem Zeitraum.»

Dennoch begrüsst Eckert grundsätzlich die zunehmende Anzahl an Anmeldungen beim Schulpsychologischen Dienst: «Die steigenden Zahlen zeigen auch eine gewisse Entstigmatisierung. Es ist nicht mehr peinlich, psychische Probleme zu haben und sich Hilfe zu suchen.»

Es ist dies eine Entwicklung, die schlussendlich vor allem den Kindern mit Problemen zugute kommt.